



Fast wie die echten Stars: Mind2Mode in Action auf der Bühne im Badepark, das Publikum steht dicht an dicht. Foto: Seltmann

Publikum singt mit Mind2Mode

Bad Harzburg. Drei in eins gab es gestern zur Open-Air-Summernight im Badepark: Der Top-Act Mind2Mode sorgte mit der Musik der Bands Simple Minds, U2 und Depeche Mode für Stimmung. Der Auftakt zum Salz- und Lichterfest, zu dem der Kulturklub Bad Harzburg einlud, lockte etwa 1500 Besucher zur großen Party. Die Vorgruppe „Rockbusters“ heizte dem Publikum ein und sorgte für ausgelassene Stimmung. Die fulminante Show von Mind2Mode begeisterte dann ein tanzendes und singendes Publikum. sel

DAS WETTER

21-23 Samstag	14-16 nachts	18-20 Sonntag

JUNGE SZENE

Startklar zum Erobern der Lüfte



Das erste Mal mit einem Tandempiloten Gleitschirmfliegen weckt die Abenteuerlust auf mehr. **► S. 32**

POLITIK

Frauke Petry findet Waffenbesitz okay

Die Vorsitzende der AfD findet es in Ordnung, dass sich immer mehr Bürger Waffen zulegten. „Jeder Gesetzestreue sollte in der Lage sein, sich selbst, seine Familie und seine Freunde zu schützen.“ **► Politik, S. 5**

AUS DEM INHALT

Politik	2+5
Hintergrund	3
Meinung	4
Wirtschaft	6
Börse	6
Niedersachsen und die Region	7
Rund um die Welt	8
Olympiade	9-11
Sport	12
Lokalsport	13
Region Harz	16
Bad Harzburg	17-20
Harzsport	20
Goslar	21
Oberharz	22
Service und Termine	23
Leser-Forum	24
Braunlage	25
Nordharz	26
Kultur	31
Junge Szene	32
Wochenend	33
Unterhaltung	34
Automarkt	35
Stellenmarkt	38-40
Immobilienmarkt	41-43
Kirchliche Nachrichten	46
Kindernachrichten	5
Unser tägliches Rätsel	24
Wetter	56
TV Aktuell	55-56

KONTAKT

Service-Zentrale
Abonnement
Anzeigen, Leserreisen:
(0 53 22) 96 86-0
Internet:
www.goslarsche.de

Finanznot bei den Goslarschen Höfen

Goslar. Gefragt war ein Zuschuss von 100 000 Euro. Herausgekommen ist ein Ortstermin am 2. September: Bevor die Ratspolitik sich mit einer Empfehlung festlegt, will sie noch mehr Zahlen von den Goslarschen Höfen erfahren. Deren Aufsichtsratschef Hans-Georg Ruhe erklärte im Sozialausschuss: „Wir stehen an der Wand.“ Geld für den laufenden Betrieb werde erwirtschaftet, aber ohne Finanzhilfe durch die Stadt könne das Projekt „nicht weiter nach vorn entwickelt werden“. fh **► Lokales, S. 21**

Unions-Minister wollen Burka-Verbot

Berlin. Muslimische Frauen sollen sich nach dem Willen der Unions-Innenminister in Gerichten, Ämtern, Schulen oder im Straßenverkehr nicht mehr voll verschleiern dürfen. „Wir lehnen die Vollverschleierung ab“, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) am Freitag in Berlin. „Gesicht zeigen ist für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft konstitutiv.“

Der Vorstoß ist Teil einer „Berliner Erklärung“ von CDU und CSU. dpa

► Politik, S. 2; Meinung, S. 4

Teurer Kulturmarktplatz

Investitionssumme für Hauptschulen-Nachnutzung steigt auf 8,6 Millionen Euro

Von Frank Heine

Goslar. Der Ausbau der früheren Hauptschule Kaiserpfalz zum Kulturmarktplatz wird deutlich teurer als angenommen. Je nach Berechnungsgrundlage steigen die Kosten um 2,6 Millionen oder 4,2 Millionen auf bis zu 8,6 Millionen Euro. Fakt ist: Wenn die Stadt das Zukunftsprojekt schultern und die zugesagten vier Millionen Euro als Bundesförderung in Anspruch nehmen will, muss sie selbst einen Eigenanteil von 4,6 Millionen Euro in den Jahren bis 2018 aufbringen.

Archiv und Bücherei

Im Gebäudekomplex an der Königstraße sollen künftig das Stadtarchiv und die Stadtbücherei Platz finden. Zusammen mit dem Hort der Kindertagesstätte Zum Frankenberge, der bereits im Haus untergebracht ist, sollen sie zu einem „Ort mit identitätsstiftenden und erlebnisorientierten Charakter verschmelzen“, wie es in der Vorlage der Verwaltung heißt.

Das Papier ist seit gestern im Internet einsehbar und liegt heute in der Ratspost. Bis zum 1. September



Blick auf das Areal an der Königstraße: Der frühere Pausenhof der Hauptschule Kaiserpfalz dient inzwischen als Parkplatz für das nahe Hotel „Kaiserwirth“. Foto: Roß

bleibt den Fraktionen Zeit für eine Positionierung. Für diesen Tag ist bereits eine gemeinsame Sondersitzung von Kulturausschuss und Betriebsausschuss des Gebäudemanagements angesetzt. Der alte Rat muss in seiner letzten Sitzung am 20. September entscheiden.

Diese Frist sei deshalb gesetzt, weil die von der Oberfinanzdirektion geprüften Unterlagen spätestens am 15. Oktober in Berlin vorliegen müssten, erklärt Erster Stadtrat Burkhard Siebert. Sonst gehe der

bewilligte Bundeszuschuss verloren, für den sich seinerzeit Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel eingesetzt hatte. Für Siebert ist und bleibt der Kulturmarktplatz eine „einmalige Chance“ auf die Lösung der seit Jahrzehnten schwelenden Standort-Fragen für Archiv und Bücherei. Zusammen mit dem Museumsufer entstehe an der Abzucht ein Kommunikationszentrum für alle Goslarer Kulturschaffenden. Allerdings sind im Millionen-Zuschlag noch Posten ausgespart. **► Lokales, S. 21**

6 VW-Werke stoppen Produktion

Zehntausende Mitarbeiter sind betroffen – Ministerpräsident attackiert Lieferanten

Von Andreas Schweiger und Michael Ahlers

Wolfsburg. Zehntausende Mitarbeiter von Volkswagen sind ohne Arbeit. Grund ist ein Streit der Autobauer mit zwei Zulieferern. Die haben ihre Lieferung – Sitzbezüge und Getriebeteile – eingestellt und machen Volkswagen für den Konflikt verantwortlich. In allen betroffenen Werken läuft es wohl auf Kurzarbeit hinaus. Der Schaden geht in die Millionen.

Nächste Woche stehen die Bänder in den Fahrzeugwerken Wolfsburg, Emden und Zwickau, sowie in den Komponenten-Fabriken Braun-

schweig, Salzgitter und Kassel. In Emden und in Zwickau ist fast die gesamte Produktion betroffen, in allen weiteren Fabriken Teilbereiche. Allein in Wolfsburg trifft der Lieferstopp mehr als 10 000 Mitarbeiter.

VW hat beim Landgericht Braunschweig beantragt, dass gegen die Zulieferer ein Ordnungsgeld bis 250 000 Euro oder eine Ordnungsgeld verhängt wird, sollten sie die Lieferung nicht wieder aufnehmen. Das Landgericht will über die Anträge nächste Woche entscheiden. Zuvor erhalten die Lieferanten eine dreitägige Frist, sich zu äußern.

Zu den juristischen Möglichkeiten, die VW zur Verfügung stehen,

gehört auch eine Beschlagnahme der benötigten Teile. Das Landgericht Braunschweig hatte in der vergangenen Woche beide Zulieferer dazu verurteilt, die Teile wieder zuzustellen.

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) sprach sich für Zwangsmaßnahmen gegen die Zulieferfirmen aus. Die Landesregierung verfolge den Stopp der Lieferungen mit „großer Besorgnis“, sagte Weil. Eine gütliche Einigung wäre vorzuziehen, aber wenn das nicht möglich sei, werde man „sicherlich auch Zwangsmaßnahmen durchführen müssen“, betonte Weil. **► Hintergrund, S. 3; Meinung, S. 4**

AUCH DAS NOCH

Das kluge Kind baut vor

Gut vier Monate vor Heiligabend sind im größten deutschen Weihnachtspostamt im brandenburgischen Himmelpfort fast 3000 Wunschzettel eingetroffen. Viele wurden von Kindern eingeworfen, die mit ihrer Familie einen Ausflug in den Ort gemacht haben, viele wurden mit der Post geschickt. Das Weihnachtspostamt nimmt erst Mitte November seine Arbeit auf. Auf den Weihnachtsmann und seine Helfer wartet jede Menge Arbeit.

